

Mündlicher Bericht
des Ausschusses für das Besatzungsstatut
und auswärtige Angelegenheiten
(7. Ausschuß)
über den Antrag der Fraktion der SPD
- Nr. 1823 der Drucksachen -

**betr. Ermittlungen über noch nicht heimgekehrte
deutsche Kriegsgefangene.**

Berichterstatte:
Abgeordneter Dr. Gerstenmaier

Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird ersucht, unverzüglich alle Ermittlungen und Maßnahmen durchzuführen, die notwendig sind, um bis zum 30. April 1951 eine zuverlässige, nach Gewahrsamsländern bzw. Ort der letzten Nachricht gegliederte Aufstellung der unter Ziffer 2 aufgeführten Personengruppen aufzustellen. Zu diesem Zweck ist die Rechtsabteilung der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt als federführende Bundesbehörde mit allen erforderlichen Vollmachten und Mitteln auszustatten, um die Bemühungen aller mit Ermittlungsarbeiten betrauten Behörden zusammenzufassen.
2. Das Material soll in vier Kategorien eingeteilt und in Form einer Gesamtdokumentation verfügbar gemacht werden. Die Gruppen sollen umfassen:
 - a) Kriegsgefangene und verurteilte Kriegsgefangene
 - b) Festgehaltene und verurteilte Zivilpersonen
 - c) Verschleppte Zivilpersonen
 - d) Wehrmachtvermißte und vermißte Zivilpersonen.

Bonn, den 14. Februar 1951

Der Ausschuß für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten	
Dr. Schmid (Tübingen)	Dr. Gerstenmaier
Vorsitzender	Berichterstatte